

Rede der Fraktion der Freien Demokraten/FDP im Rat der Gemeinde Nottuln zur Verabschiedung des Haushalts der Gemeinde Nottuln für das Haushaltsjahr 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren !

Alle Jahre das gleiche Spiel, kaum haben wir den Haushalt eines Jahres verabschiedet, gehen wir in die Sommerpause um uns im Herbst wieder um den nächsten Haushalt zu streiten.

Betrug das Haushaltsvolumen im Jahr 2018 noch rund 34 Mio. Euro sind wir nun 6 Jahr später bei rund 45 Mio. Euro angekommen. Und erstaunlicherweise ist unser Bestreben nach wie vor, ein Abrutschen in die Haushaltssicherung zu verhindern.

Woher kommt diese Aufblähung des Haushalts um gut 11 Mio Euro in so kurzer Zeit.

Das Haushaltsvolumen 2013 lag noch bei 29 Mio Euro. Bis 2018, also in fünf Jahren ist dieses um gut 5 Mio Euro gestiegen. In den sechs Jahren seit 2018 bis 2024 hat sich nun eine weitere Steigerung um rund 11 Mio Euro ergeben.

Die Personalaufwendungen lagen **2012** noch bei 4,4 Mio Euro und laufen 2024 auf 8 Mio Euro zu. Das sind nur einige Zahlen, die aber verdeutlichen, in welchen Zwangslagen wir uns heute befinden. Und wir reden gleichzeitig seit 2006 ständig von der Abwendung der Haushaltssicherung.

Irgendwie hat man dabei zwangsläufig immer ein Hamsterrad vor Augen.

Mit niederschmetternden Erwartungen und ungläubigen Kopfschütteln sind wir in die Diskussion über den Haushalt der

Gemeinde Nottuln für das Jahr 2024 eingestiegen. nachdem unser Bürgermeister Dietmar Thönnies zur Abwendung eines Defizits von nahezu 2.5 Mio EUR eine Anhebung der kommunalen Steuersätze von 20% forderte.

Ein Defizit, das mal wieder im Wesentlichen fremdgesteuert wirkte.

Erinnern sie sich an das Jahr 2015 ? , da hieß es:

„Drohende Asylantenschwemme, Kürzung der Schlüsselzuweisungen, Erhöhung der Kreisumlage sind nur einige Eckpunkte die uns intensiv beschäftigten.“

Diesen Katalog müssen wir aus heutiger Sicht erweitern. Eine in dem Ausmaß nicht erwartbare Pandemie, ein unsäglicher russischer Angriffskrieg, Energiekrise und gallopiierende Inflation, mit wirtschaftlichen Einbrüchen, die sich gerade aktuell deutlich bemerkbar machen, und nicht zuletzt auch der Brand in der Daruper Grndschule, mit aus dem Ruder gelaufenen Kosten hat sich das Szenario der Haushaltsbelastungen weiter verschlechtert.

Zudem mussten wir in der Zwischenzeit feststellen, dass sich dringender Handlungsbedarf erst bei den Sportstätten und grundsätzlich auch bei den Schulen ergeben hat. Wir haben uns einem durchaus berechtigten Erwartungsdruck der Nottulner Bürger gebeugt und zunächst 10 Mio Euro in unsere Sportanlagen investiert, die sich heute allerdings auch sehen lassen können. Nun stehen wir vor der Notwendigkeit weitere 10 Mio Euro in unsere Schulen zu investieren. Dazu stehen wir, müssen aber auch die daraus resultierenden Folgerungen einer finanziellen Verknappung akzeptieren.

Gleichzeitig müssen wir unvermindert Flüchtlingsunterkünfte schaffen. Diese Verpflichtung ist in Anbetracht der aktuellen kriegerischen Handlungen auf der Welt auch geboten, wenn auch eine immense Last. Die Belegung von Sporthallen und damit der Entzug für den Schul- und Vereinssport stellen eine hohe Beeinträchtigung dar

und sind nur schwer zu ertragen. Dass Nottulns Bürger diese Beeinträchtigungen aber so mittragen ist bemerkens- und lobenswert.

An dieser Stelle muss nun aber auch lobend erwähnt werden, dass es Bürgermeister Thönnies nicht nur gelungen ist, der Bezirksregierung eine Fläche zur Ansiedlung einer Zentralen Unterkunftseinrichtung anzubieten, die uns hoffen lässt, dass dann keine weiteren Zuweisungen mehr nach Nottuln erfolgen und somit weitere Flüchtlingsunterkünfte nicht errichtet werden müssten.

Ihm ist zudem in Verhandlungen mit dem Sportpark Spartakus gelungen, dort kurzfristig über eine Unterkunfts-Option für bis zu 150 Flüchtlingen verfügen zu können, die uns auch vor weiteren Bauverpflichtungen bewahren kann. Und, die Turnhalle am Niederstockumer Weg kann damit auch wieder frei für den Sport werden.

Man muss sich immer wieder vor Augen halten, dass wir uns hier im Rat nur ehrenamtlich mit dem Haushalt auseinandersetzen und dieses obendrein nur einen Teil des Aufgabenspektrums umfasst, welche Rats- und Ausschussmitglieder zu bewältigen haben. Wir sind darauf angewiesen, dass wir nachvollziehbare und klare Unterlagen vorgelegt bekommen, die im besten Fall keine weiteren Fragen aufkommen lassen. Ziel muss es sein eine Transparenz zu gewährleisten, die es auch den Bürgern ermöglicht diesen Haushalt lesen zu können. Und doch gibt es immer wieder Punkte, über die man streiten muss, oder welche aus politischer Sicht eine andere Lösung haben als aus rein verwaltungstechnischer Perspektive.

Deshalb können wir uns hier und heute auch nicht mit dem gesamten Haushalt auseinandersetzen, sondern nur ein paar Eckpunkte aufgreifen, die je nach politischer Couleur erwähnenswert sind.

Zumindest FDP, CDU und B'90TGrüne haben sich intensiv mit dem Haushalt auseinandergesetzt und versucht Einsparpotentiale zu generieren, ohne sich in pauschale Vorgaben zu retten.

Eine der größten Positionen ist dabei natürlich wie erwähnt der Personalhaushalt.

Die Personalentwicklung der letzten Jahre ließ vermuten, dass ein höherer Bedarf ausgewiesen wurde, als sich aus politischer Sicht für erforderlich darstellt. Eine Aufwandsminderung um 800.000 Euro hielten wir daher für realisierbar. Erst im HFA konnte nach kontroverser Diskussion zu diesem Punkt ein Konsens bei einer Einsparung von 400.000 Euro gefunden werden.

Aufwendungen für Fahrradstraßen und die Anschaffung von Lastenrädern fallen unter die Rubrik „nice to have“, sind aber nicht notwendig.

Die Umgestaltung des Counters im Rathaus ist in Anbetracht der antiquierten Optik und Funktionalität allenfalls vielleicht wünschenswert, aber kann auch noch warten.

Auch Lüftungsinvestitionen in die Einrichtung Schulze Frenkings Hof können nun nach Aussage der Verwaltung anders und damit weniger kostenlastig geregelt werden.

Weitere Aufwendungen können mit einem Sperrvermerk und / oder Verschiebung in Folgezeiträume zur Haushaltsentlastung beitragen.

Der Wille zur Einsparung war auf beiden Seiten erkennbar.

Aber: Zu klein ist der Einflussbereich der Gemeinde und zu gering der Spielraum um wirkungsvoll gegensteuern zu können.

Aber da gibt es ja noch die Grundsteuer.

Ein Element der Einnahmenerhöhung, die in den allgemeinen Haushalt fließt und ohne Zweckbindung da verwendet werden kann, wo es gerade Not tut. Das haben wir mit dem Haushalt 2011 schon einmal

praktiziert. Und wo hat es uns hingeführt. Wir stehen nach 13 Jahren wieder genauso da, allerdings auf einem höheren Niveau.

Die Gemeinde, die noch Grundsteuern erhöhen kann und ihre Bürger noch ein bisschen mehr zur Kasse bitten kann, kann noch nicht bedürftig sein. Aber gefragt wird der Bürger dabei nicht. Es wurden und werden Denkmodelle angestoßen, wie es zum Beispiel aussehen würde, wenn man die Grundsteuer in einem Stufenmodell quasi an die Inflationsrate anpasst und sukzessive anhebt. Das ist also nicht neu und wurde bereits 2015 laut gedacht. Das Stufenmodell mit Anpassung an die Inflationsrate erweckt den Eindruck der Beliebigkeit und ist aus Sicht der Freien Demokraten nicht vertretbar und findet daher nicht unsere Zustimmung.

In der Presseerklärung vom 10.01.2024 haben CDU, Grüne und FDP ein deutliches „NEIN“ zu einer 20 %-tigen Steuererhöhung verlautbart.

Die intensiven Diskussionen in der Haushaltsdebatte haben jedoch auch bei den Nottulner Liberalen zu der Erkenntnis geführt, dass wir ohne eine Anpassung der Steuerhebesätze nicht auskommen werden.

Wir wollen uns einiges leisten,

- eine Infrastruktur die anspricht,
- eine Gewerbepräsenz, die Nottuln zukunftssicher macht. Und dazu zählen auch Firmen, die zwar mit dem Bereich Logistik einen erhöhten Flächenbedarf haben, gleichwohl jedoch Arbeitsplätze und Renommee mitbringen, von denen Nottuln langfristig profitieren kann.
- Und eine Klimaneutralität bis 2030 erreichen.
-

Das Ergebnis konnte in der letzten HFA-Sitzung sehr anschaulich verfolgt werden. Es wurde öffentlich regelrecht um jeden Prozentpunkt gerungen.

Auch mit einer Anhebung auf landesübliche 259% führt die Anpassung der Grundsteuer A nicht zu einer weiteren nennenswerten Belastung in der Landwirtschaft.

Die Anpassung der Grundsteuer B von 590% auf 690% erscheint immens, führt tatsächlich in der großen Mehrzahl der privaten Hausbesitzer zu einer jährlichen Mehrbelastung von 30 – 50 Euro.

Spürbar bleibt diese Anhebung damit, das kann nicht geleugnet werden.

Das vorherige Level, immerhin das höchste im Kreis Coesfeld haben wir seinerzeit auch mit Bauchschmerzen hingenommen. Das war auch verbunden mit der Hoffnung, dass sich in absehbarer Zeit wieder eine Entwicklung in gegenläufiger Richtung ermöglichen lässt.

Immerhin muss man aus heutiger Sicht einräumen, konnte für die vergangenen 13 Jahre eine Erhöhung der Hebesätze zumindest vermieden werden.

Bei der Gewerbesteuer war es erklärtes Ziel des Bürgermeisters von 430% auf 516% zu steigen. Eine Steuer, die eine wesentliche Einnahme der Gemeinde darstellt und in einer sensiblen Zeit auf wirtschaftlich schwere Zeiten trifft und damit auch Schwankungen unterliegt. Eine Erhöhung ist daher nicht werbewirksam, ließ sich gleichwohl nicht vermeiden. Eine nach intensiver Diskussion erreichte Deckelung auf 460 % ist gerade noch als vertretbar einzustufen, und lässt hoffen, dass wir damit die rote Laterne im Kreis abgeben dürfen.

Gut, politisch haben wir damit eine pauschale Anhebung der Hebesätze um 20% verhindert. Mit 3,6% bei der GrdSt-A, 17% bei der GrdSt-B und 7% bei der Gewerbesteuer haben wir auf jeden Fall das Schlimmste verhindert.

Mit

- der angestrebten weiteren Ansiedlung von Gewerben, im nächsten Jahr
- in die Vermarktung gehenden Bauflächen Niederstockumer Weg und Lerchenhain-Süd,
- Planungen weiterer Wohnflächen am Hangenfeld II

befinden wir uns nach Einschätzung der Nottulner Liberalen mit Bürgermeister Dr. Dietmar Thönnies auf dem richtigen Weg.

Diesen Weg wollen wir mittragen und stimmen daher heute dem Haushalt 2024 zu.

Für die Fraktion der

FDP im Rat der Gemeinde Nottuln

Helmut Walter